自由中国运动 · Free China Movement

T075 ｜ Wenn die Justiz der politischen Führung gehorcht, wie kann sie rechtswidrige Ausübung politischer Macht beurteilen?

T075 · v1.0 ｜ 2026-11-22

© 2026 Free China Movement

https://freechina.live/china-news-updates/democracy-civil-society/de-myths-t075-if-the-judiciary-obeys-political-leadership-how-can-it-judge-unlawful-exercises-of-political-power/

contact@freechina.live

© 2026 Free China Movement · https://freechina.live · contact@freechina.live

Die Behauptung

Der Einwand lautet etwa so. In der VR China (Festland) arbeiten die Gerichte unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas. Ein Richter, der der politischen Führung gehorchen muss, kann kein neutraler Schiedsrichter über die politische Macht sein — wenn also ein Regierungsorgan oder ein Parteigremium selbst rechtswidrig handelt, wer bleibt dann noch übrig, um das festzustellen? Ein Gericht, das eben der Macht Rechenschaft schuldet, die es eigentlich zügeln soll, ist keine Kontrolle dieser Macht; es ist ein Arm von ihr.

Fair formuliert ist dies ein ernsthafter Einwand, kein Schlagwort. Er verweist auf eine echte Spannung, die auch die eigenen Dokumente der VR China anerkennen: Führung und Rechtsstaatlichkeit müssen nebeneinander bestehen. Der ehrliche Weg, ihn zu prüfen, besteht darin, zwei Bedeutungen von „gehorchen" zu trennen — und dann zu fragen, was die Quellenlage für jede von ihnen hergibt.

Was die Quellenlage tatsächlich sagt

Die Verfassung der VR China gibt den Gerichten eine formelle Garantie der Unabhängigkeit in der Rechtsprechung. Artikel 131 bestimmt: „人民法院依照法律规定独立行使审判权，不受行政机关、社会团体和个人的干涉。" Artikel 5 fügt die allgemeine Regel hinzu: „一切国家机关和武装力量、各政党和各社会团体、各企业事业组织都必须遵守宪法和法律。……任何组织或者个人都不得有超越宪法和法律的特权。" Dem Wortlaut nach steht also keine Organisation — auch keine politische Partei — über dem Gesetz, und kein Verwaltungsorgan, keine gesellschaftliche Organisation und keine Einzelperson darf in die Rechtsprechung eines Gerichts eingreifen.

Dieselbe Verfassung ordnet die Gerichte jedoch in ein System politischer Rechenschaftspflicht ein. Artikel 133 bestimmt, dass das Oberste Volksgericht „对全国人民代表大会和全国人民代表大会常务委员会负责" ist. Artikel 1 bezeichnet die Führung der Partei als „中国特色社会主义最本质的特征" (das wesentlichste Merkmal des Sozialismus chinesischer Prägung).

© 2026 Free China Movement · https://freechina.live · contact@freechina.live

Das Weißbuch von 2021 *China: Democracy That Works* (《中国的民主》) beschreibt die kontrollierende Rolle der Justiz in seinem Abschnitt über demokratische Aufsicht (三（五）). Es nennt die gerichtliche Aufsicht die stärkste Form der Aufsicht im System: „司法监督是党和国家监督体系中强制性程度最高的一种监督机制，是党和国家利用监督手段、维护公权力正确行使的'最后一道防线'。" Derselbe Abschnitt stellt ausdrücklich klar, dass dies keine Gewaltenteilung ist: „在中国，解决权力滥用、以权谋私的问题，不能靠所谓的政党轮替和三权分立，要靠科学有效的民主监督。" Die Führung der Partei wird dabei als unterstützend und nicht als in Einzelfällen weisend beschrieben: Die Partei solle „领导立法、保证执法、支持司法、带头守法".

Die Widerlegung

Die Unterscheidung, die die Argumentationsgrenze verlangt — zwischen der beruflichen Verantwortung der Justiz und externer Einmischung in Einzelfällen — ist genau der Punkt, an dem der Einwand beantwortet werden muss, und an dem er zum Teil bestehen bleibt.

Erstens, worin der Einwand irrt. „Der politischen Führung gehorchen" und „in einem Fall Weisungen entgegennehmen" sind nicht dasselbe, und der eigene Rahmen der VR China beharrt auf diesem Unterschied. Berufliche Verantwortung bedeutet, dass ein Richter das Gesetz anwendet, das Verfahren einhält und innerhalb eines Systems arbeitet, dessen politische Richtung von der Partei vorgegeben wird. Einmischung in Einzelfällen bedeutet, dass jemand außerhalb des Gerichtssaals einem Richter vorschreibt, wie er einen bestimmten Streit zu entscheiden hat. Artikel 131 verbietet das Zweite, und die Sprache des Weißbuchs von „支持司法" (Unterstützung der Justiz) stellt das Erste als eine Führung dar, die die Rechtsprechung ermöglicht, statt sie zu ersetzen.

Zweitens, worin der Einwand recht hat und was die Quellenlage nicht auflöst. Die Liste der verbotenen Einmischer in Artikel 131 — „行政机关、社会团体和个人" — nennt die Partei selbst nicht. Artikel 5 sagt, dass jede Parteiorganisation die Verfassung und das Gesetz befolgen muss, gibt den Gerichten aber keine Befugnis, diese Regel gegen ein Gesetz, eine Verordnung oder eine Parteientscheidung durchzusetzen. Gerichte der VR

© 2026 Free China Movement · https://freechina.live · contact@freechina.live

China besitzen keine Befugnis zur verfassungsrechtlichen Überprüfung: Sie können die Verfassung nicht auslegen und kein Gesetz für verfassungswidrig erklären. Der eine Versuch, diese Tür zu öffnen — die Antwort des Obersten Volksgerichts von 2001 im Fall *Qi Yuling* — wurde 2008 widerrufen. Die systemeigene Antwort auf die Frage „Wer beurteilt die politische Macht, wenn sie rechtswidrig handelt?" lautet also nicht: die Gerichte. Sie lautet: die Volkskongresse, die Aufsichtskommissionen und die Disziplin innerhalb der Partei selbst. Die Justiz ist daher nur die letzte Verteidigungslinie gegen rechtswidrige Handlungen von Verwaltungsorganen und Amtsträgern — nicht gegen die politische Führung, die sie ernennt, beaufsichtigt und leitet.

Die Unterscheidung schneidet also in beide Richtungen. Wo die rechtswidrige Handlung eine Verwaltungsentscheidung ist — eine Landnahme ohne Rechtsgrundlage, eine Geldbuße ohne Befugnis — kann ein Gericht, das Artikel 131 anwendet, gegen das Regierungsorgan entscheiden. Wo die rechtswidrige Handlung ein Gesetz, eine Parteientscheidung oder eine politische Weisung selbst ist, hat das Gericht kein Instrument, sie aufzuheben: Innerhalb dieser Konstruktion kann die Justiz die politische Macht, die sie führt, nicht beurteilen.

Der Test

Drei Fragen entscheiden, ob die „letzte Verteidigungslinie" real oder rhetorisch ist:

1. **Kann ein Gericht in einem konkreten Fall gegen ein Regierungsorgan entscheiden, und wird das Urteil vollstreckt** *Das ist der Mindestgehalt von Artikel 131. Wenn Gerichte in Verwaltungssachen gegen Behörden entscheiden und diese Urteile vollzogen werden, funktioniert die Konstruktion. Wenn Urteile gegen mächtige Organe ignoriert werden, ist die Garantie nur Papier*
2. **Kann ein Gericht sich weigern, ein Gesetz oder eine Verordnung anzuwenden, das bzw. die es für verfassungswidrig hält** *Der Quellenlage nach nein: Gerichten der VR China fehlt die Befugnis zur verfassungsrechtlichen Überprüfung, und die Öffnung durch* Qi Yuling*

© 2026 Free China Movement · https://freechina.live · contact@freechina.live

wurde 2008 geschlossen. Jede Behauptung, die Justiz zügle die politische Macht auf der Ebene des Gesetzes selbst, scheitert an diesem Test nach dem eigenen Eingeständnis des Systems.

3. **Wenn eine politische Weisung und das Gesetz in verschiedene Richtungen weisen, was setzt sich durch — und wer entscheidet das** *Die Antwort des Weißbuchs lautet „支持司法、带头守法". Der Test ist, ob diese Unterstützung im schwierigen Fall standhält: bei einem Urteil gegen ein Interesse, das die politische Führung begünstigt. Ein System, das nur dann besteht, wenn wenig auf dem Spiel steht, hat den Einwand nicht beantwortet; es hat ihn vertagt*

Die Schlussfolgerung ist enger gefasst als das Schlagwort und aus eben diesem Grund schwerer abzutun. Eine Justiz unter politischer Führung kann rechtswidrige Ausübung *administrativer* Macht beurteilen, und die Verfassung und das Weißbuch der VR China geben ihr die Worte dafür. Sie kann, nach ihrer eigenen Konstruktion, die Rechtmäßigkeit der politischen Führung selbst nicht beurteilen. Ob das ein Mangel oder eine andere Theorie der Beschränkung ist, hängt davon ab, ob die anderen Mechanismen — Aufsicht durch die Kongresse, Aufsichtskommissionen, innerparteiliche Disziplin — tatsächlich greifen. Die Justiz allein aber schließt den Kreis nicht, und sie kann es, nach dieser Quellenlage, nicht.

Quellenangabe

Primärquellen (beide am 2026-11-19 durch Abruf der Originalseiten live geprüft)

- **D — 国务院新闻办公室《中国的民主》**China: Democracy That Works*), 2021-12-04, Abschnitt 三（五）(demokratische Aufsicht) und Abschnitt 一 (Führung der Partei). URL: https://bb.china-embassy.gov.cn/chn/xwdt/202112/t20211207_10463217.htm — vollständig abgerufen; alle obigen Zitate sind wörtlich dem abgerufenen Text entnommen*

© 2026 Free China Movement · https://freechina.live · contact@freechina.live

- **L — 《中华人民共和国宪法》(Verfassung der VR China), geändert 2018-03-1**, *Artikel 1, 5, 131, 133 (Gerichtsvorschriften, Kap. 3, Abschn. 8). URL: https://www.cac.gov.cn/2018-03/22/c_1122572643.htm — vollständig abgerufen; alle obigen Zitate sind wörtlich dem abgerufenen Text entnommen (Art. 1, 5, 131, 133). Die englischen Wiedergaben im Essay sind Übersetzungen des Verfassers; der zitierte chinesische Text ist der maßgebliche Wortlaut. [Anm. d. Übers.: Die deutschen Wiedergaben in dieser Übersetzung sind Übersetzungen des Übersetzers; der zitierte chinesische Text ist der maßgebliche Wortlaut.*

Gegenposition *Die Behauptung, wie sie unter „Die Behauptung" formuliert ist, ist eine* rekonstruierte Schlussfolgerung* aus der Struktur der Parteiführung plus dem Fehlen einer verfassungsrechtlichen Überprüfung — sie ist keine wörtliche amtliche Aussage, und keine amtliche Quelle wird mit der Aussage zitiert, Gerichte „könnten" die politische Macht „nicht beurteilen". Der Essay engt die Behauptung entsprechend ein: Die Quellen stützen die strukturelle Spannung, nicht ein Zitat, das die Schlussfolgerung einer benannten Autorität zuschreibt.

Historischer Rahmen *nicht früher als 1998. Die* Qi-Yuling*-Episode (Antwort des Obersten Volksgerichts 2001, widerrufen 2008) wird zitiert, wie im unten verlinkten CCE-068-Artikel berichtet; keine weitere fallspezifische historische Behauptung wird aufgestellt.

Weiterführende Lektüre *[CCE-087 | Wie schützt die verfassungsgerichtliche Kontrolle die Rechte der Bürger?](https://freechina.live/china-news-updates/democracy-civil-society/de-cce-087-how-judicial-review-protects-citizens-rights/) — sein Inhalt überschneidet sich direkt mit diesem Thema: Er behandelt Artikel 131 der Verfassung der VR China, das Fehlen einer Befugnis zur verfassungsrechtlichen Überprüfung bei Gerichten der VR China sowie die Antwort von 2001 im Fall* Qi Yuling*, widerrufen 2008.

© 2026 Free China Movement · https://freechina.live · contact@freechina.live